

stig an eine der beiden großen Parteien binden könnte.

Was eigentlich politische Urteilskraft ausmache, hat Isaiah Berlin gefragt: „Ein Gefühl für das, was ‚geht‘ und was ‚nicht geht‘?“¹³ Bestimmt. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird davon eine ganze Menge brauchen. Sonst kehrt die „Neue Mitte“ zurück an ihren alten Platz.

Tobias Dürr

Erneuerung oder Innovation

Gestern Reformstau, morgen Innovation. Mit dieser Megabotschaft ziehen die Parteien heute in den Wahlkampf. Wenn es eine Neue Mitte gibt, wo sich alles drängt, hier ist sie. Ein Konsens macht sich breit. Der Bundespräsident hat ihn gestiftet. Gestern wollte niemand am Reformstau schuld sein – heute sind alle für Innovation. Das gilt auch für die jeweilige Klientel. Aber nur im allgemeinen, wohlgeordnet. In den konkreten Anwendungsfällen gibt es reichlich Dissens darüber, was als Reform oder Innovation akzeptabel sei – wenn es einen selbst trifft. Ausgenommen: technische Innovationen.

Hier unterscheiden sich die beiden Volksparteien kaum. Nach Studium der Programme und Manifeste drängt sich der Verdacht auf, bei den Themen, wo es offenbar mit dem politischen Gegner wenig Dissens gibt, werde ersatzweise der Streit angezettelt, den man in Fragen

gesellschaftlicher Reformen scheut. Besser als die Wähler mit Reformvorhaben zu verschrecken ist es, auf „Veto-Gruppen“, die angeblich den (technischen) Fortschritt blockieren, einzudreschen.

Wenige Tage vor der Niedersachsenwahl veröffentlichten Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder gemeinsam ein Buch: „Innovationen für Deutschland“.¹ Und wenige Tage nach Schröders Sieg in Niedersachsen legten die beiden das ebenfalls gemeinsam geschriebene SPD-Regierungsprogramm vor: „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“.²

Das erste, was zu verändern wäre, ist offenbar das Bewußtsein. Das erkannte nicht nur die sächsisch-bayerische Zukunftskommission, sondern ist auch die Überzeugung der beiden maßgeblichen Herren in der Sozialdemokratie: „Wir wollen die großen Chancen der neuen Technologien nutzen. Dazu brauchen wir in unserer Gesellschaft eine neue Aufgeschlossenheit für Innovation und technologischen Fortschritt,“ schreiben sie in ihrem Regierungsprogramm. Eine neue Aufgeschlossenheit? Wie damals, die alte – vor Hiroshima, vor dem Ozonloch, vor Harrisburg und Tschernobyl?

Es ist nicht nur von technischen Innovationen die Rede. Aber den Schwung bezieht man aus diesen hier sogenannten wirtschaftlichen Innovationen – Reform der Wirtschaft, darunter hatte die SPD einst anderes verstanden. Heute geht es um die Erschließung neuer Märkte und die Verteidigung alter Marktanteile. Dafür will Gerhard Schröder nach dem 27. September „sofort nach der Regierungsübernahme“ mit Gewerkschaften und Unternehmen „ein Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit schmieden“.

„Die Zukunft des Standorts Deutschland hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit und Kreativität der Forschung ab, ebenso von den Bedingun-

13 Isaiah Berlin, Politische Urteilskraft, in: Ders., Wirklichkeitssinn: Ideengeschichtliche Untersuchungen, Berlin 1998, S.91-112, hier S.102.

1 Oskar Lafontaine/Gerhard Schröder (Hg.), Innovationen für Deutschland, Göttingen 1998.

2 „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“. SPD-Regierungsprogramm 1998-2002, Vorentwurf vom 2. März 1998, Bonn.

gen, die heute für Entwicklung und Einführung neuer Produkte bestehen, aber auch von einem für Neuerungen offenen Klima in der Gesellschaft. ... Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft müssen verstärkt, die Forschungsförderung des Staates noch effizienter eingesetzt und schrittweise ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit und der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist zu intensivieren und zielgenauer auf Anwendungen hin auszugestalten.“ Wörtlich steht das in der Vereinbarung des amtierenden Bundeskanzlers mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften vom 23. Januar 1996, betitelt. „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“. Sinngemäß fand die Botschaft jenes Bündnisses zu 100% Eingang ins SPD-Wahlprogramm.

Versetzt der Fortschrittsglaube Berge?

Alle Vorschläge zielen darauf, die Produktion von Waren auszudehnen und effizienter zu machen, dabei jedoch die Arbeits- und Transfereinkommen zu senken und zu differenzieren. Eine Mischung aus Produkt- und Verfahrensinnovationen, Liberalisierung und Privatisierung sowie eine Reform des Bildungswesens sollen den Standort fit machen. Unterschiede gibt es, wenn überhaupt, nur in der Betonung der einzelnen Komponenten. Die SPD verspricht, den Forschungsetat des Bundes glatt zu verdoppeln, innovative Klein- und Mittelbetriebe sollen gezielt gefördert werden. Die CDU hat auch auf diesem Feld schon soviel versprochen.

Gemeinsam ist den Vorschlägen das Vertrauen in sogenannte Zukunftstechnologien: Computer, Software, Telekommunikation, Multimedia und Gentechnik, das seien die Bereiche, in denen neue Produkte zu erwarten seien und aus denen Verfahrensinnovationen kämen. Die Informations- und Kommunikations-(IuK)-Techniken ermöglichten den schlanken Staat ebenso wie die Aus-

weitung des Dienstleistungssektors und die Erneuerung des Bildungswesens. Es gehe darum, den Wandel zu einer unternehmerischen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft zu beschleunigen, um die durch Arbeitslosigkeit und schwindende Verfügungsmacht des Staates in die Krise geratene Industriegesellschaft abzulösen.

So unausweichlich eine fortschreitende Informatisierung der Gesellschaft, so erstrebenswert neue, bessere und rationeller gefertigte Produkte made in Germany auch sein mögen: Löst das die sozialen Probleme? Die Rezepturen kollidieren an mehreren Punkten mit der Realität:

- Makroökonomische und ökologische Grenzen: Eine erweiterte Warenproduktion stößt, gleichgültig, ob sie Gegenständliches oder Dienstleistungen hervorbringt, rasch an die Grenzen einer schwindenden Massenkaufkraft. Daß mehr Warenproduktion dank ihrer Umwelteffekte in der Summe nicht unbedingt mehr Wertproduktion, sondern auch Wertvernichtung bedeuten kann, wäre zu bedenken. Eine noch weiter gesteigerte Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte und in der Folge ein wachsender Export können die vorhandenen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte nur verschärfen und die D-Mark bzw. den Euro unter Aufwertungsdruck setzen. Auch innerhalb der EU wird ein solcher Kurs nur die Gegensätze vertiefen und einen ruinösen Deflationswettbewerb initiieren, der die Binnennachfrage kollabieren läßt und den Aufwertungsdruck auf den Euro verstärkt.

- Fragwürdige Zukunftsträchtigkeit: Während die Gentechnik bisher weder wirtschaftlich noch technisch große Erfolge vorweisen kann – viele Venture Capitalists haben von ihrem Geld bisher nichts gesehen – und international mit schwindender Akzeptanz kämpft, war das Wachstum der IuK-Industrie in den letzten Jahren beeindruckend. Die Umsätze, Gewinne und Aktienkurse vieler, allerdings nicht aller Unternehmen dieser Branche explodierten. Es ist

jedoch offen, ob das bisherige Wachstum sich fortsetzen wird. Möglicherweise hat diese Industrie ihre besten Zeiten schon hinter sich. Die hohen Kurse der börsennotierten IuK-Unternehmen spiegeln in erster Linie Erwartungen – und einen Überschuß an nicht verwertbarem Kapital.

- Die Illusion vom Auf- und Einholen: Noch fragwürdiger ist, ob es möglich sein wird, durch ein „Es werde Licht!“ die deutschen Mächtegern-Mitspieler in den betreffenden Märkten zu befähigen, innerhalb kurzer Zeit konkurrenzfähige Produkte zu entwickeln und auch abzusetzen. Die technische Kultur eines Landes läßt willkürliche Sprünge nur in begrenztem Umfang zu. Eine vorausschauende Forschungspolitik hätte es in der Vergangenheit z. B. erlaubt, die Softwareindustrie zu stärken, die Vorzüge des Internet früher zu nutzen sowie eine gewisse Rolle in seiner technischen Entwicklung zu spielen. Die Führungsrolle der USA in der Informationstechnik wäre dadurch jedoch nicht anzufechten gewesen. Die basierte auf einer Jahrzehnte währenden üppigen Förderung vor allem durch die National Security Agency (den für Nachrichten- und Informationstechnik zuständige Geheimdienst) und das Verteidigungsministerium sowie einer daran gewachsenen Forschungs- und Industriekultur. Die Träume unserer Standorterneuerer, *par ordre du mufti* und ein paar Millionen damit gleichzuziehen – die besten Mikroprozessoren aus Deutschland³ etc. –, sind größtenteils sinnlos und können nur in einem Fiasko enden. In Wahrheit fehlt ihnen der Respekt vor wissenschaftlichen und technologischen Leistungen – sonst würden sie nicht glauben, solche mit einem kräftigen „Hauruck“ anordnen zu können. Eine rein nationale Sicht wird den Problemen ohnehin nicht gerecht, da komplexe Technologie internationale Kooperation verlangt. Versuche, anderswo Vorhandenes, anstatt es zu kaufen bzw. mit den Herstellern zu kooperieren,

durch nationale Kraftanstrengung zu emulieren, um auch noch ein Stück von einem schon verteilten Kuchen abzubekommen, sind teuer, meist zum Scheitern verurteilt und tragen wenig zur Entwicklung einer kohärenten Technologiebasis bei. Stattdessen wären vorhandene Kompetenzen auszubauen und durch anschußfähige Entwicklungen zu ergänzen. Einige Beispiele: Eine Technologiepolitik, die Milliarden für Renommierprojekte verschwendet, jedoch hinnimmt, daß es im Land der Maschinen- und Anlagenbauer keinen CAD/CAM-Entwickler mehr gibt, verdient diesen Namen nicht. Eine notwendige Ergänzung der am Individualverkehr orientierten Verkehrstelematik, in der deutsche Forschungseinrichtungen und Unternehmen eine führende Position einnehmen, wäre die umfassende telematische Unterstützung des öffentlichen Verkehrs.

- Übersehene Infrastruktur- und Regulationsaufgaben: Mit der Begeisterung für die IuK-Technik geht meist auch die Erwartung einher, daß Digitalisierung und liberalisierte Märkte die Versorgung mit entsprechender Infrastruktur von selbst leisten werden. Nicht unwahrscheinlich ist jedoch, daß diese Prozesse in verschärfter räumlicher Polarisierung und wachsender Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen resultieren. Eine einseitig auf Technologie- und Marktförderung ausgerichtete Politik ignoriert wesentliche staatliche Aufgaben wie die Weiterentwicklung der Universaldienste und die Sicherstellung essentieller Infrastruktur.

Vorurteile, Erfahrungen, Lernprozesse

Programme zur Förderung der IuK-Technik haben eine Geschichte, die nicht nur Erfolge kennt. Markante Fehlschläge waren etwa die teuren Versuche, eine Rolle auf dem Weltmarkt für Großrechner und Speicherchips zu spielen, sowie die einseitig am Medienkon-

3 Ebd., S.6.

sum ausgerichteten Pilotprojekte zur Breitbandvernetzung. Ein Markt für deutsche Großrechner entstand in den 70er und 80er Jahren nur, weil Regierungen Behörden und – gegen deren Widerstand – auch Rechenzentren zur Beschaffung solchen Geräts nötigten. Gemeinsames Element vieler gescheiterter Projekte war die unzeitgemäße, in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wurzelnde Leitvorstellung technologischer Autarkie.

Noch signifikanter als die Projekte sind die Nichtprojekte deutscher Forschungsförderung: Ihre Ignoranz traf z. B. die Internet-Protokolle, Arbeitsplatzrechner sowie die Themen Software und Softwareengineering. Noch an der Schwelle der 90er Jahre handelten Hochschulinstitute, die Unix-Rechner mittels der darauf verfügbaren Internet-Software vernetzten, gegen die Empfehlungen des zuständigen Bundesministeriums.

Das und noch mehr – etwa Milliarden für die fehlgeschlagene Entwicklung exotischer Kernreaktoren – fand und findet unter der Verantwortung der Parteien statt, die sich nun gebärden, als ob sie die Zukunft als solche erfunden hätten. Haben sie dazu gelernt? Zweifel an ihrer Fähigkeit, entscheidende technische Entwicklungen zu identifizieren, sind angebracht. Nichts gegen die Ankündigung, den Forschungsetat zu verdoppeln – als Signal und als Form symbolischer Politik. Nur lehrt die Erfahrung, daß staatliche Subventionen, speziell des Bundesforschungsministeriums und gerade auch im Bereich der Informationstechnik, nicht die Entwicklung erfolgreicher innovativer Produkte und Verfahren begünstigt haben.

Ein verbreitetes Vorurteil will es, daß Computer und Software aus den USA oder noch besser: aus Kalifornien stammen müssen. Wer derartiges auf dem Weltmarkt loswerden möchte, tut gut daran, im Silicon Valley wenigstens einen Briefkasten zu installieren und überhaupt so zu tun, als ob sein Unternehmen dorthier stamme. Die heute darüber jammern, daß hierzulande nichts

mit Apple, Microsoft oder Sun Vergleichbares hätte entstehen können, demonstrieren nur, daß sie die Geschichte nicht kennen. Die Münchner PCS baute Mitte der 80er Workstations, die den Vergleich mit denen von Sun nicht zu scheuen brauchten. Eine Gruppe in der Bund und Land NRW gemeinsam gehörenden Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) hatte Anfang der 80er ein Betriebssystem entwickelt, das dem amerikanischen Unix – um von den Microsoft-Produkten ganz zu schweigen – überlegen war. Es scheiterte jedoch schon, bevor es auch nur Gelegenheit hatte, sich dem Vorurteil gegen Nichtamerikanisches auszusetzen, weil es nicht schnell genug in akzeptabler Qualität für die wichtigsten Prozessortypen verfügbar war.

Je professioneller Beschaffungsentscheidungen getroffen werden und je stärker dabei das Gewicht von Sachfragen ist, desto größer die Chancen für nichtamerikanische Anbieter, sofern sie konkurrenzfähige Produkte haben. Das macht z. B. die Erfolgsgeschichte von SAP aus, die durch eine vorausschauende Produktpolitik eine kaum angefochtene Position einnehmen konnte. Während Universalrechner von Siemens sich auf dem Weltmarkt schwer taten, erzielten Produkte für die Automatisierungstechnik aus diesem Haus eine starke Stellung, die sie heute noch innehaben. Generell gilt: Dort, wo Computer- und Softwaretechnik sich an Kompetenzen in Anwendungsgebieten anschließen können, spielen durchaus auch deutsche Hersteller eine Rolle: in der Automatisierungs- und Energietechnik, im Fahrzeugbau, etc. Daß es sich dabei um auslaufende Technik handle, überzeugt nicht so richtig: Mit Computern allein wird auch in Zukunft keine Volkswirtschaft auskommen.

Der Eindruck, daß Deutschland kein Softwareproduzent sei, entsteht nur aus der Perspektive der Endkonsumenten. Daß z. B. Siemens mehr Softwareentwickler als Microsoft beschäftigt, mußte auch Bill Gates kürzlich feststellen. Die

Welt der Software und der Computer besteht aus mehr als den Desktopsystemen, Webbrowsern und Textverarbeitungsprogrammen, die die Erfahrungswelt von Politikern und Journalisten erreichen. Die Meinung, man bräuchte nur auf Software und Computer umzusatteln, um die Zukunft zu erobern, verfehlt die Realität und die Möglichkeiten von Industrie und Wissenschaft hierzulande in mehrfacher Weise: Die für Endkonsumenten sichtbaren Bereiche, in denen sich ohnehin hauptsächlich trivialisierte Technologie findet, machen nur einen Teil der IuK-Technik aus, der die Domänen deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen kaum berührt. Anschlußfähige Entwicklungen sind jedoch nicht überall möglich.

Permanentes Wachstum oder permanente Wertvernichtung

So sinnvoll technische Fortschritte dort wie auch in anderen Bereichen sein mögen: Der Beitrag, den IuK-Technik zum wirtschaftlichen Wachstum zu leisten vermag, bleibt begrenzt. Davon die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erwarten, ist illusionär. Selbst im Computerland USA beschäftigt die einschlägige Industrie relativ wenige Menschen (etwas über eine Million), und viele Unternehmen entlassen gerade.

Den positiven Auswirkungen von Datenverarbeitung auf die Gesamtwirtschaft sind Grenzen gesetzt: Generell ist zwischen Computereinsatz einerseits und Wachstum bzw. Produktivitätsfortschritt der Volkswirtschaften sowie Profitabilität der Unternehmen andererseits in den letzten Jahrzehnten kein starker Zusammenhang nachweisbar. Seit in den 70ern die Mikroelektronik anfang, alle Lebens- und Arbeitsbereiche zu durchdringen, schrumpften vielmehr in allen entwickelten Volkswirtschaften die Raten des Wirtschaftswachstums und des Fortschritts der Arbeitsproduktivität um ca. die Hälfte, während die Kapitalproduktivität zeitweise sogar sank.

Das muß nicht auf einen ursächlichen Zusammenhang hindeuten, doch eine Aufforderung zur Vorsicht ist darin schon zu sehen.⁴

Die schnelle technologische Obsoleszenz von informations- und zunehmend auch kommunikationstechnischen Einrichtungen läßt den Aufbau eines soliden Kapitalstocks nicht zu. Ein großer Teil der IuK-Investitionen dient nur dem Ersatz von veralteten Anlagen. Schon deshalb ist IuK-Technik, in deren Geräten ein hoher Material- und Energieeinsatz steckt, nicht unbedingt umweltfreundlich. Der rasche Modell- und Releasewechsel stellt tatsächlich eine Form von Wertvernichtung dar, zumal die Nutzer dabei selten in den Genuß echter Fortschritte kommen. Langjährigen Anwendern drängt sich eher das Bild rasenden Stillstands auf.

Die bayerisch-sächsische Zukunftskommission redet davon, daß die Produktivität von Wissen und Kapital zugenommen habe und diese dadurch die Bedeutung der Arbeit fortschreitend schwächen würden, doch bleibt sie dafür den Beweis schuldig.⁵ Der ist auch nicht zu erbringen. Ein Maß für Wissen, das die Rede von dessen wachsender Produktivität wenigstens methodisch legitimierte, existiert nicht. Gerade im Dienstleistungsbereich hat mit der Informatisierung die Kapitalproduktivität eher ab als zugenommen. Jeder Architekt, Ingenieur oder Rechtsanwalt sieht das, wenn er seine heutige Bilanz mit der von vor zehn oder fünfzehn Jahren vergleicht: Früher konnte man als angehender Architekt mit Zeichentisch, Reißschiene, Stiften und einer gebrauchten Schreibmaschine den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Heute muß ein Existenzgründer erstmal 50 000 DM für eine Computerausrüstung hinblättern, die in wenigen Jahren als Schrott gilt, aber bis dahin noch teure Wartung verlangt, Zeit und Geld in Schulungen investieren...

4 Volkswirte in den USA diskutieren das unter dem Titel „Produktivitätsparadoxon der Mikrocomputer-Revolution“. Ausführlich dazu etwa Daniel E. Sichel, *The Computer Revolution: An Economic Perspective*, Washington, DC, 1997.

5 Vgl. die Dokumentation in: „Blätter“, 2/1998.

Nicht zuletzt war der Übergang zur flexiblen Fertigung – also einer intensiveren Nutzung des Faktors Arbeit – eine Reaktion auf die sinkende Kapitalproduktivität bei hoher Automatisierung. Die industriellen Produktivitätsfortschritte der letzten Jahre resultierten überwiegend aus der Verdichtung von Arbeit: daraus, daß man die letzten überflüssigen Bewegungen aus dem Produktionsprozeß eliminierte.

Schließlich belasten die mit dem näherrückenden Jahr 2000 in der Datenverarbeitung verbundenen Umstellungsprobleme die volkswirtschaftliche Bilanz der IuK-Technik.⁶ Die Reparatur der betroffenen Programme frißt die Budgets der Anwender auf und bindet Fachkräfte. Noch kaum zu schätzen sind die Schäden, die nicht rechtzeitig umgestellte Systeme anrichten werden. Die IuK-Technik, in der manche das Kapital der Zukunft sehen, könnte sich als schwere Hypothek erweisen.

Marktfixierte Flucht nach vorne

Ohne Zweifel brauchen wir Innovationen, auch technische. Die Frage ist nur, welche Lösungen für welche Probleme man davon erwartet. Wer den Abschnitt zur Ökologie im SPD-Regierungsprogramm liest, muß die schlimmsten Befürchtungen hegen. Die freiwillige Selbstbeschränkung wird als Neues Denken verkauft: „Energie- und ressourcensparende und die Natur schonende Technologien sind ein Schlüssel für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. ... Wir wollen die Brücke ins Solarzeitalter bauen. Wir wollen, daß die deutsche Autoindustrie mit Drei-Liter-Autos die Zukunftsmärkte erobert.“ Daß die Entwicklung neuer Modelle von Energie- oder Mobilberatung innovativer sein könnte als den konventionellen technischen Fortschritt zu forcieren – man müßte das eigene Gerede von der

Dienstleistungsgesellschaft mal ernst nehmen –, und daß die technische Innovation sich ökologisch negativ auswirkt, wenn gesteigerter Verbrauch – das Drei-Liter-Auto als typischer Drittwagen – die technisch ermöglichte Einsparung überkompensiert, davon will man nichts wissen. Darum geht es gar nicht, sondern um Markteroberung, um „wettbewerbsfähige und ökologisch verträgliche Verfahren und Produkte“, in dieser Reihenfolge. Und deshalb ist auch nur von der „Effizienzrevolution ... durch Einsatz neuer Technologien“ die Rede, aber nicht davon, wie die Menschen mit weniger (Energie, Autos usw.) besser leben könnten.

„In den Forschungslabors entstehen die Arbeitsplätze von morgen.“, so steht es in der Koalitionsvereinbarung der amtierenden Bundesregierung. Und so argumentiert auch Gerhard Schröder: „Die Hälfte aller wichtigen Innovationen bis zum Jahr 2020 werden in der chemischen Industrie erwartet. Da müssen wir dabeisein und mithalten.“⁷ Vielleicht entsteht dort die Arbeit von morgen, vielleicht auch die Natur- und Menschenzerstörung von (über)morgen. Jedenfalls ist es nicht die inhärente Aufgabe der Labors, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern Produkte zu entwickeln. Wie sinnvoll oder unsinnig die sind, ist nicht allein an deren Marktchancen zu messen. Deshalb ist dieses markt- und technologiefixierte Innovationsdenken mitnichten innovativ, sondern rückständig, weicht dem tatsächlichen Reformbedarf aus und führt zur permanenten Flucht nach vorne. Der damit verbundene Begriff von Moderne ist anti-aufklärerisch, reaktionär: „Wir brauchen Wissenschaftler nicht als Gutachter für die Veto-Gruppen, sondern als Motoren der Moderne.“⁸ Was dem Amtsinhaber die „notorischen Angstmacher“⁹, sind dem Widersacher die „Technikskeptizisten“, die wir uns nicht mehr leisten könnten.

⁷ Gerhard Schröder, in: Lafontaine/Schröder, a.a.O., S.73.

⁸ Ebd., S.72.

⁹ Koalitionsvereinbarung, Bonn, 14.11.1994, S.11.

⁶ Vgl. Peter Haase, Y2K alias J2P, in: „Blätter“, 8/1997, S.922ff.

Der Kanzlerkandidat weiß zwar, daß es „auch um soziale und mentale Innovationen“ geht, aber das bleibt ein Nebenthema in seinen Reden und in seinem Regierungsprogramm. Es paßt einfach nicht zum Image des „Modernen“, zum Freund der Wirtschaft, deren Spitzenverbände sich gerade wieder öffentlich auf die Seite Helmut Kohls geschlagen haben, es paßt nicht zur Aufbruchsstimmung und zum Kampf um die Macht. Und daher müssen wohl andere die nicht-technologischen und nicht-warenförmigen Innovationen zum Hauptthema machen.

Rainer Fischbach

Kosovo vor der Katastrophe?

Kosovo¹ gilt seit Jahren als einer der gefährlichsten Konfliktherde auf dem südlichen Balkan. Wegen der kontinuierlich steigenden Spannungen warnten Experten seit Monaten vor einer Eskalation und regionalen Ausweitung der Gewalt. Die Polizeiaktion in West-Kosovo war schon im Januar von verschiedener Seite vorausgesagt worden.²

Die 1,8 Millionen Kosovo-Albaner stellen rund 90% der Bevölkerung des Gebiets. Seit 1989/90 die in der Verfassung garantierten Autonomierechte der zu Serbien gehörenden Provinz stark zurückgestutzt wurden, leugnen die Albaner offen die Legitimität der jugoslawischen Institutionen und boykottieren die Wahlen. Sie haben einen Schattenstaat mit Regierung, Präsidentschaft und einem parallelen Steuer-, Schul- und

Gesundheitssystem aufgebaut. Im Juli 1990 hat sich Kosovo von Serbien unabhängig erklärt, im September 1991 stimmte die albanische Bevölkerungsmehrheit in einem Referendum für den „souveränen und unabhängigen Staat Kosovo“. 1992 führten die Kosovaren, weitgehend unbehelligt von den serbischen Behörden, Wahlen durch und bestimmten den Schriftsteller Ibrahim Rugova zum Präsidenten. Trotz der gespannten Lage soll am 22. März 1998 ein neuerlicher Urnengang stattfinden.

Den Kern des Kosovo-Problems bildet der Streit um den politischen Status der Provinz. Die Kosovaren wollen die Unabhängigkeit, während Belgrad das Gebiet als integralen Bestandteil Serbiens und somit als „innere Angelegenheit“ betrachtet. Dahinter jedoch stehen sozioökonomische, demographische und kulturelle Konflikte. Kosovo galt schon in kommunistischer Zeit als Armenhaus Jugoslawiens, mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen, den höchsten Arbeitslosen- und Analphabetenraten. Gleichzeitig wuchs hier die Bevölkerung schneller als in jedem anderen Landes- teil. (Orthodoxe) Serben und (muslimische) Albaner sind sich aus diesen, aber vielleicht auch aus kulturellen Gründen im Wesen fremd geblieben: keine zwei Völker Jugoslawiens haben sich gegenseitig so tief mißtraut, so selten Freundschaften und fast nie Ehen miteinander geschlossen.³

Die Politik der Gewaltlosigkeit im Zwielficht

Die führende Partei Demokratische Liga Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës/LDK) will ihr politisches Ziel, die unabhängige „Kosova Republika“ mit gewaltlosen Mitteln erreichen, nicht zuletzt deshalb, weil Waffen in der Region knapp sind, seit die jugoslawische Ar-

1 „Kosovo“ bezeichnet hier die ehemals autonome Provinz, die die Albaner „Kosova“, die Serben „Kosovo und Metohija“ nennen.

2 „Naša borba“, 21.1.1998.

3 Dragomir Pantić, Nacionalna distanca građana Jugoslavije, in: Jugoslavija na kriznoj prekretnici, Beograd 1991, S.168-186.